



Protokoll der 33. Sitzung des Einwohnerrates

vom 12. Dezember 2007, 16.00 Uhr, im Stadtsaal / Rathaus

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Doris Lagnaz, Daniel Spinnler

Traktanden	Laufnummer
1. Ersatzwahlen in Kommissionen <i>:// Gemäss Vorschlag der SVP/CVP/EVP-Fraktion genehmigt.</i>	2007/189
2. Berichte des Stadtrates, der Finanzkommission und der Bau- und Planungskommission zum Voranschlag 2008 <i>:// Voranschlag mit drei Zusatzanträgen genehmigt.</i>	2007/175 2007/175a 2007/175b
3. Jahresprogramm 2008 des Stadtrates <i>:// Zur Kenntnis genommen.</i>	2007/177
4. Bericht des Stadtrates betreffend Quartierplanung „Hanro-Park“ <i>:// An die BPK überwiesen.</i>	2007/185
5. Bericht des Stadtrates betreffend Quartierplanung „Rebgarten“ <i>:// An die BPK überwiesen.</i>	2007/184
6. Bericht des Stadtrates betreffend Schulanlage Fraumatt, Renovation: Kreditbewilligung <i>:// An die BPK überwiesen.</i>	2007/183
7. Postulat von Hans Brodbeck namens der FDP-Fraktion betreffend Aufwertung der Altstadt <i>:// An den Stadtrat überwiesen.</i>	2007/160
8. Bericht des Stadtrates betreffend Postplatz, Neugestaltung - Projektierungskredit <i>:// Projektierungskredit genehmigt.</i>	2007/182
9. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Bahnhofareal, Umsetzung Quartierplan 1 - Projekt- und Kreditgenehmigung <i>:// Anträge des Stadtrates und der BPK genehmigt.</i>	2007/143 2007/143a
10. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Sanierung der Kasinobrücke – Projekt- und Kreditgenehmigung <i>:// Sanierungsprojekt und Bruttokredit genehmigt.</i>	2007/157 2007/157a
11. Bericht des Stadtrates betreffend Soziale Dienste Liestal – Strategie und Kennzahlenvergleich für die kommenden Jahre <i>:// Vertagt.</i>	2007/181

- | | | |
|-----|---|-----------------------|
| 12. | Bericht des Stadtrates zum Postulat von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion betreffend Trägerschaft Kinderkrippenplätze
://: <i>Vertagt.</i> | 2006/121
2006/121b |
| 13. | Postulat von Peter Schmied namens der SP-Fraktion betreffend Förderung der Gewerbestadt Liestal
://: <i>Vertagt.</i> | 2007/158 |
| 14. | Postulat von Daniel Spinnler und Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion betreffend Vereinfachung des Zugangs zur Verwaltung
://: <i>Vertagt.</i> | 2007/162 |
| 15. | Postulat von Marie-Theres Beeler namens der Grünen Fraktion betreffend Schaffung eines umweltverträglichen Reglements zur Parkraumgestaltung
://: <i>Vertagt.</i> | 2007/170 |
| 16. | Postulat von Erika Eichenberger und Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion betreffend Solardächer für Liestal
://: <i>Vertagt.</i> | 2007/172 |
| 17. | Postulat von Ernst Burkhardt namens der SP Liestal betreffend „100 Solardächer in 18 Monaten“
://: <i>Vertagt.</i> | 2007/174 |
| 18. | Motion von Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion und Hanspeter Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend kundenfreundliches Parkieren im Stedtli
://: <i>Vertagt.</i> | 2007/173a |
| 19. | Postulat von Paul Finkbeiner und Hanspeter Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Uni-Campus in Liestal
://: <i>Vertagt.</i> | 2007/179 |

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen Dezember-Einwohnerratssitzung.

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 31. Oktober 2007

Die Genehmigung des Protokolls wird auf die ER-Sitzung vom 16. Januar 2008 verschoben.

Mitteilungen des Ratsbüros

- Die heutige Sitzung endet um ca. 19.15 Uhr. Anschliessend sind alle zu einem Apéro im Lichthof des Rathauses eingeladen.
- Ab 20.00 Uhr findet das Weihnachtsessen im Restaurant Stadtmühle statt.
- Das Büro hat verschiedene Vorschläge der Grünen Fraktion zur Beschleunigung des Ratsbetriebs diskutiert und geht davon aus, dass die Fraktionen über die entsprechenden Empfehlungen informiert sind.

Als **Stimmzähler/innen** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- | | |
|------------------|------------------------------|
| - Regula Nebiker | Seite FDP |
| - Regina Vogt | Seite SP, Grüne, Fraumättler |
| - Adrian Mächler | Mitte, Büro |

Neue persönliche Vorstösse

- Überparteiliches Postulat der Bau- und Planungskommission gegen Besucher- und Kundenrückgang durch Baustellen (Nr. 2007/186);
- Motion der interfraktionellen einwohnerrätlichen Integrationsgruppe betreffend Schaffung eines Partizipations-Reglements (Nr. 2007/187);
- Motion von Hans Rudolf Schafroth namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend dringende Sanierung der Turnhalle „Rotacker alt oben“ (Nr. 2007/188).

Traktandenliste

Adrian Mächler (FDP) teilt mit, die FDP-Fraktion beantrage, das Traktandum Nr. 13 „Postulat betreffend Aufwertung der Altstadt“ (Nr. 2007/160) als Traktandum Nr. 7 zu behandeln, also vor dem Geschäft "Postplatz, Neugestaltung - Projektierungskredit" (Nr. 2007/182). Das Postulat schlage eine gesamtheitliche Betrachtung und Planung der Achse Bahnhof/Postplatz - Allee - Lüdinpark vor. Wenn der Projektierungskredit nur für den Postplatz freigegeben werde, gehe man abschnittsweise und nicht gesamtheitlich vor. Die FDP-Fraktion mache beliebt, zuerst die Idee der gesamtheitlichen Planung zu beraten.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) stellt fest, dass kein Einspruch erfolge. Der Antrag sei somit genehmigt.

262 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

1. Ersatzwahlen in Kommissionen (Nr. 2007/189)

Die SVP/CVP/EVP-Fraktion beantragt folgende Umbesetzungen:

a) Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Ordentliches Mitglied:

- Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP); anstelle von Beat Gränicher

b) Bau- und Planungskommission (BPK)

Ordentliches Mitglied:

- Beat Gränicher (SVP/CVP/EVP); anstelle von Stefan Saladin

Ersatzmitglied:

- Paul Pfaff (SVP/CVP/EVP); anstelle von Beat Gränicher

c) Finanzkommission (Fiko)

Ersatzmitglied:

- Markus Meyer (SVP/CVP/EVP); anstelle von Stefan Saladin

://: Die Umbesetzungen werden in globo einstimmig genehmigt.

263 F.3.7.5. Rechnungsführung: Voranschläge

2. Berichte des Stadtrates, der Finanzkommission und der Bau- und Planungskommission zum Voranschlag 2008 (Nr. 2007/175, 2007/175a, 2007/175b)

Der Stadtrat hält in seinem Bericht zusammengefasst Folgendes fest:

Der Voranschlag 2008 lehnt sich an den Entwicklungsplan 2008-2012 an und berücksichtigt die Entwicklung 2007 sowie die heutige Einschätzung für das Jahr 2009. Trotz zum Teil erheblicher Veränderungen innerhalb einzelner Aufwand- und Ertragsposten über die Jahre 2006-2009 werden die Eckdaten der Finanzstrategie eingehalten. Das strategische Ziel, die Schulden auf weniger als CHF 20 Mio. und somit die Schuldzinsen auf weniger als CHF 800'000.- pro Jahr zu reduzieren, kann nur dann in einem vertretbaren Zeitraum realisiert werden, wenn die Balance zwischen Schuldenabbau und Investitionen gemäss der Finanzstrategie weiterhin strikte eingehalten wird.

Die Anträge des Stadtrats lauten:

- 1 Der Einwohnerrat genehmigt den Voranschlag 2008 der Stadt Liestal:
 - Laufende Rechnung
 - Gebundene Investitionen für
 - Wasserversorgung
 - Abwasserentsorgung
 - Fahrzeuge für die Feuerwehr
 - Trottoirausbau Rankweg
2. Der Stellenplan 2008 wird zur Kenntnis genommen.
3. Im Jahr 2008 gelten für Liestal Steuerfuss, Steuersätze, Gebühren und Abgaben wie folgt:

Einkommens- und Vermögenssteuer Natürliche Personen	67 % der Staatssteuer (unverändert)
Ertragssteuer Juristische Personen	5 % des Ertrages (unverändert)
*Kapitalsteuer Juristische Personen	0.35 % des steuerbaren Kapitals (bisher 0.55%)
Wasser-Zins (inkl. 2.4% MwSt)	CHF 1.74/m3 (unverändert)
Abwasser-Zins (inkl. 7.6% MwSt)	CHF 2.26/m3 (unverändert)
35l- Kehrichtsack-Gebühr (inkl. 7.6% MwST)	CHF 2.80 (unverändert)
Jahresgebühr 1. Hund	CHF 70.- (unverändert)
Jahresgebühr 2. Hund	CHF 140.- (unverändert)
Feuerwehersatzabgabe in % des steuer- baren Einkommens	0.4% (unverändert)
Minimum:	CHF 20.- (unverändert)
Maximum:	CHF 600.- (unverändert)

* vorbehältlich Zustimmung zur Unternehmenssteuerreform per 1.1.2008 (Volksabstimmung vom 25.11.2007)

4. Der Teuerungsausgleich für die Besoldung des Verwaltungspersonals orientiert sich am Landratsbeschluss für das Staatspersonal (Annahme im Voranschlag 2008: 0.6 %).
- Die Finanzkommission (Fiko) stellt folgende Zusatzanträge:

- Die Budgetposition 250.362.01 (Beitrag an Regionale Musikschule Liestal) über CHF 1'035'000.- wird nicht bewilligt.
- Die Budgetposition 113.311.01 (Stadtpolizei - Mobilien) über CHF 107'000.- wird nicht bewilligt.

Weitere Zusatzanträge von Einwohnerratsmitgliedern lauten:

Paul Finkbeiner, SVP/CVP/EVP-Fraktion / Budgetantrag betreffend Budgetposten Verkehrsbussen

Gemäss Entwicklungsplan 2008-2012 sind jährliche Einnahmen für Verkehrsbussen in der Höhe von CHF 250'000.- vorgesehen. Auch im Budget 2008 ist dieser Betrag enthalten. Nach meiner Meinung ist dies ein sehr hoher Betrag, der unsere Stadtpolizei unter Druck setzt, fragwürdige Standorte und Tageszeiten für Geschwindigkeitskontrollen zu wählen, um die Budgetvorgabe zu erreichen, und die wenig mit Verkehrssicherheit zu tun haben. Beispiele: Rosenstrasse auf der Höhe des Schwimmbades, morgens um 06.00 Uhr, oder Schauenburgerstrasse, Höhe Schillingsrain, ebenfalls um 06.00 Uhr. Ich beantrage, diesen Betrag auf CHF 150'000.- zu senken.

Hanspeter Meyer und Peter Furrer, SVP/CVP/EVP-Fraktion / Budgetantrag betreffend Anpassung der Gesamtausgaben „Personalaufwand“ und „Sachaufwand“

Im Voranschlag 2008 sind in den Gesamtaufwendungen „Personalaufwand“ und „Sachaufwand“ (Seite 3) große Differenzen zwischen der Rechnung 2006 und dem Voranschlag 2008 festzustellen, z.B.:

	Rechnung 2006	Budget 2008
308 Temporäre Arbeitskräfte	9'681.60	38'400.00
309 Übriger Sachaufwand	214'577.10	268'200.00
310 Büro, Schulm. Drucksachen	516'226.45	655'275.00
318 Dienstleistungen, Honorare	2'971'168.30	3'579'950.00
319 Übriger Sachaufwand	345'665.19	673'700.00

Bei den Löhnen sind die Vorgaben mehr oder weniger eingehalten. Hier möchten wir auch keine Änderungsanträge stellen. Hingegen steigen die übrigen Aufwendungen überproportional stark an. In den stadträtlichen Erläuterungen im Entwicklungsplan 2008-2012 wird zur Entwicklung der wichtigsten Kenngrößen u.a. Folgendes erwähnt: „Die Linien der Aufwendungen Leistungsbezogener und Leistungserbringer steigen nur sehr gering, d.h. die Aufwendungen werden weiterhin strikte kontrolliert und wachsen im Durchschnitt nur um die angenommene Teuerung von 1%.“ Diese Aussage steht im Widerspruch zum Budget 2008. Wir verlangen deshalb, die erwähnten Positionen entsprechend zu reduzieren, damit die Vorgaben eingehalten werden können.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) erläutert, zuerst würden nacheinander der Fiko-Präsident, der BPK-Präsident und der Stadtrat sprechen. Dann folge die Eintretensdebatte, danach die Detailberatung. Für Gesamtwürdigungen des Budgets sei innerhalb der Detailberatung Platz. Die zusätzlichen Budget-Anträge werde sie an den passenden Stellen einflechten. Am Ende werde über die Anträge des Stadtrates abgestimmt. Dann folge die Schlussabstimmung. Sie stelle fest, dass es gegen dieses Vorgehen keinen Einwand gebe.

Fiko-Präsident Heinz Lurf (FDP) führt aus, er gehe auf einige Details und die Anträge der Fiko. Bei den Fahrzeugen für die Feuerwehr sei die Fiko der Meinung, dass sie in den gebundenen Ausgaben belassen werden sollten. Betreffend Regionale Musikschule sei es der Fiko nie darum gegangen, den Musikschulbetrieb stillzulegen. Sie habe die Kostensteigerung in diesem Bereich genauer angeschaut. Stadtrat Lukas Ott habe vor der Fiko über die Schule und ihren Hintergrund referiert. Danach seien aber für die Kommission diverse Fragen offen geblieben. Mit dem jetzigen Wissensstand sei sie gegen die geplante Schulraumerweiterung. Sie habe keine detaillierten Posten vorgefunden und den Gesamtbetrag deshalb in Frage gestellt. Die Fiko habe sich auch mit dem Mitteilungsblatt „Liestal aktuell“ beschäftigt und das Thema kontrovers diskutiert. Das „Liestal aktuell“ werde zu einem reinen Informations-Medium. Redaktionelle Beiträge der Stadt würden künftig im neuen, privaten Magazin „Lima“ veröffentlicht. Die Stadt habe sich dort für rund CHF 30'000.- pro Jahr eingekauft. Die Fiko habe auch das Thema Mobilien der Stadtpolizei diskutiert. Die Kommission habe bereits beim Entwicklungsplan festgehalten, dass sie bis zum nächsten Entwicklungsplan mehr über die personelle und konzeptionelle Zukunft der Stadtpolizei wissen wolle. Die Fiko-Mitglieder würden die Mobillien ablehnen und weitere Infos abwarten. Die Fragen an die Verwaltung seien postwendend und zur Zufriedenheit der Kommission beantwortet worden. Die Fiko danke allen Personen, die ihr geholfen hätten, sich durch das Budget durchzuarbeiten.

BPK-Präsident Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) sagt, die Bau- und Planungskommission habe sich vor allem gefragt, woher die grossen Abweichungen zum Entwicklungsplan kämen. Die Kommission habe plausible Antworten erhalten. Sie sei dafür, die gebundenen Ausgaben gemäss dem Vorschlag des Stadtrats in der Investitionsrechnung zu belassen.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) fragt, ob das Eintreten auf die Vorlage bestritten werde. Sie stelle fest, dass es nicht bestritten werde, und komme daher zur Detailberatung. Sie gehe nun die Laufende Rechnung seitenweise durch.

Stadtrat Peter Rohrbach bemerkt, er wolle sich zum Budgetantrag von Peter Furrer und Hanspeter Meyer äussern. Der Antrag betreffe zahlreiche Positionen, die sich durchs ganze Budget durchziehen würden. Jedes Einwohnerratsmitglied finde an seinem Platz eine Tabelle vor, die zeige, welche Posten betroffen seien. Für ihn sei die Frage, ob man diesen Antrag überhaupt so stellen könne.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) weist darauf hin, dass der Rat den Antrag am Schluss der Diskussion über die Laufende Rechnung behandle. Sie komme nun zur Position Bussen und erteile Paul Finkbeiner das Wort.

Paul Finkbeiner (VP/CVP/EVP) legt dar, sein Budgetantrag sei aus der Befürchtung entstanden, dass die Polizei potentielle Kunden der Liestaler Geschäfte vergraule. Mit seinem Antrag wolle er der Polizei den Druck wegnehmen, dass sie diesen Budgetposten einhalten müsse. Er selbst sei an der Rosenstrasse morgens um sechs Uhr in eine Geschwindigkeitskontrolle geraten. Für ihn sei so etwas Schikane, oder es gehe darum, das Budget zu erfüllen, allerdings mit Methoden, die mit Verkehrssicherheit wenig bis gar nichts zu tun hätten.

Hans Brodbeck (FDP) gibt bekannt, die FDP-Fraktion unterstütze den Antrag von Paul Finkbeiner. Es gehe seiner Fraktion nicht darum, dass sie weniger Bussen zahlen wolle. Sie meine aber, der Ansatz des Stadtrats, einen so hohen Betrag für Bussen ins Budget einzustellen, sei falsch.

Corinne Ruesch (GL) teilt mit, die Grüne Fraktion unterstütze den Antrag nicht. Sie sei der Ansicht, das Budget enthalte die bestmöglichen Schätzungen. Es seien Erfahrungswerte einzusetzen. Man habe im Übrigen auch morgens um sechs Uhr nicht die Freiheit, Gesetze zu übertreten.

Orla Oeri-Devereux (SP) berichtet, sie spreche für eine Minderheit der SP-Fraktion, die den Antrag unterstütze. Diese Minderheit finde, dass man mit dem Budgetposten der Öffentlichkeit eine falsche Botschaft übermittle. Es gehe ihr nicht um weniger Kontrolle. Verkehrsbussen seien eine Sicherheits- und Erziehungsmassnahme. Die Verkehrsteilnehmer hätten die Regeln zu respektieren, und wenn sie das nicht machten, müssten sie zahlen. Wenn man aber CHF 250'000.- für Bussen budgetiere, gehe man davon aus, dass die Verkehrsteilnehmer nichts lernen würden. Eine Minderheit der SP-Fraktion halte dies für eine falsche Botschaft und unterstütze deswegen den Antrag von Paul Finkbeiner.

Stadtrat Peter Rohrbach unterstreicht, die Polizei werde nicht über diesen Budgetposten geführt. Der Betrag sei nach bestem Wissen und Gewissen aus den Vorjahreszahlen entstanden. Er verstehe die genannten Argumente. Liestal sei nicht die einzige Stadt, die das Thema diskutiere. Wichtig sei festzuhalten, dass die Polizei nicht via Budget unter Druck stehe.

Stadtpräsidentin Regula Gysin hebt hervor, die Bussen-Einnahmen kämen zu drei Vierteln durch Parksünden und zu einem Viertel durch Geschwindigkeitsübertretungen zustande.

Heinz Lurf (FDP) äussert, die Fiko habe diesen Antrag beraten. Sieben Mitglieder hätten für, zwei gegen den Antrag gestimmt.

://: Der Zusatzantrag von Paul Finkbeiner, den Budgetposten Verkehrsbussen von CHF 250'000.- auf CHF 150'000.- zu senken, wird mit grossem Mehr genehmigt.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) gibt bekannt, sie komme nun zum Zusatzantrag der Finanzkommission betreffend Stadtpolizei.

Heinz Lurf (FDP) legt dar, wie er bereits ausgeführt habe, wünsche die Fiko ein personelles und organisatorisches Konzept für die Stadtpolizei. Konkret gehe es bei der Streichung dieses Budgetpostens um drei Mobilien. Man rede von insgesamt CHF 107'000.-.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) teilt mit, er habe dazu einen Änderungsantrag.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) erwidert, Budgetanträge seien mindestens fünf Tage vor der Einwohnerrats-Sitzung einzureichen. Nun könne man nur für oder gegen diesen Antrag stimmen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin betont, sie bitte darum, diesen Budgetbetrag nicht zu streichen. Das Radargerät sei sehr reparaturbedürftig. Die Anzeigetafeln dienten der Prävention. Sie bitte im Interesse der schwächsten Verkehrsteilnehmer darum, diese Tafeln zu bewilligen.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) äussert, er sei für die Streichung des Betrags. Er mache ausserdem beliebt, Anschaffungen, die mehrere zehntausend Franken kosteten, in ein Investitionsbudget einzustellen.

://: Der Antrag der Fiko, die Budgetposition 113.311.01 (Stadtpolizei - Mobilien) über CHF 107'000.- nicht zu bewilligen, wird mit 29 Ja- gegen 3 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen genehmigt.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) teilt mit, es gehe nun um den Zusatzantrag der Fiko betreffend Beitrag an die Regionale Musikschule Liestal.

Heinz Lerf (FDP) erklärt, die Fiko habe ihren Antrag geändert. Er laute nun wie folgt: „Die Budgetposition 250.362.01 (Beitrag an die Regionale Musikschule Liestal) über CHF 1'035'000.- ist um den Betrag CHF 18'514.- für die Miete der Pavillon-Container zu kürzen. Der verbleibende Betrag von CHF 1'061'486.- wird bewilligt. Der Beitrag der Stadt Liestal für das Mieten der Pavillon-Container wird jedoch abgelehnt.“ Die Fiko habe mit 7 Ja- gegen 2 Nein-Stimmen dem abgeänderten Antrag zugestimmt.

Stadtrat Lukas Ott führt aus, er verstehe, dass es Fragen zur Jugendmusikschule gebe. Der ursprüngliche Antrag der Fiko gehe dem Stadtrat aber zu weit. Die Schule werde von neun Gemeinden getragen. Es handle sich um einen Zweckverband mit Statuten, die der Einwohnerrat verabschiedet habe. Der Stadtrat und der Einwohnerrat hätten keinen direkten Zugriff auf einzelne Budget-Positionen. Das Bedürfnis des Einwohnerrats, seine Oberaufsichtspflicht wahrzunehmen, sei legitim. Bisher habe keine grosse Diskussion darüber stattgefunden, wie diese Pflicht wahrzunehmen sei. Mit ihrem Antrag sei die Fiko aber über das Ziel hinausgeschossen. Die Bereiche Geld und Geist seien in der Organisation dieser Schule getrennt. Die Gemeinde sei für das Finanzielle, der Schulrat für das inhaltliche Angebot zuständig. Die Schule werde nicht von einer Hand geleitet. Das führe dazu, dass man gewisse Fragen stellen könne. Es gebe aber umfassende kantonale Vorgaben und Parameter, die nicht beeinflussbar seien. Die Kosten setzten sich zu 80 Prozent aus Personal-, zu zehn Prozent aus Verwaltungs- und zu zehn Prozent aus Sachkosten zusammen. Er sei froh, dass die Fiko ihren Antrag abgeändert habe und der Rat jetzt nur noch die Kosten für das Raumprovisorium diskutiere. Diese Diskussion werde in allen Trägergemeinden geführt.

Peter Schmied (SP) meint, die Frage sei, ob der Raumbedarf nachgewiesen sei und wie weit die Privatschule Herzig diesen Raum benütze.

Stadtrat Lukas Ott antwortet, man könne jetzt nicht über Raumbedürfnisse im Detail sprechen. Zur Klärung der Frage des Raumbedarfs habe die Stadt einen Architekten eingesetzt. Er sei zum Schluss gekommen, dass die Bedürfnisse in den Nachbargemeinden nicht abgedeckt werden könnten. Der Bedarf sei also ausgewiesen. Die Frage sei auch, ob andere Räume geeignet wären. Es gebe Standards und Ansprüche. Es sei wichtig, dass der Zweckverband eine Analyse mache. Man müsse immer auch in Rechnung stellen, welchen Preis ein Verzicht habe. Die Stadt habe den Vertrag mit der privaten Musikschule vorsorglich gekündigt, um Klarheit zu schaffen.

Bernhard Fröhlich (FDP) betont, er halte Transparenz für wichtig. Man störe sich an der mangelnden Transparenz, nicht an der Musikschule. Der Rat dürfe detaillierte Auskünfte darüber erwarten, wie das Geld ausgegeben werde. Es wäre auch falsch, einem Zweckverband mit der Haltung beizutreten, dass man dort nichts zu sagen habe.

//: Der Antrag der Fiko, die Budgetposition 250.362.01 (Beitrag an die Regionale Musikschule Liestal) über CHF 1'035'000.- um den Betrag CHF 18'514.- für die Miete der Pavillon-Container zu kürzen, wird mit 28 Ja- gegen 9 Nein-Stimmen genehmigt.

Bernhard Fröhlich (FDP) stellt fest, dass beim Budgetposten Gemeinschaftsantennenanlage keine Zahlen eingesetzt seien. Er würde gerne wissen, ob es dafür ein spezielles Konto gebe oder ob der Grund für die Leerstelle darin liege, dass noch nicht alles verkauft sei.

Stadtrat Peter Rohrbach antwortet, er müsse die Frage später beantworten. Vielleicht könne Bereichsleiter Thomas Kunz von der Verwaltung Auskunft geben, der sich im Publikum befinde.

Thomas Kunz erläutert, ein Teil der Anlage sei zu jenem Zeitpunkt noch nicht aufgelöst gewesen. Aus Füllinsdorf sei später noch eine Einnahme gekommen.

Corinne Ruesch (GL) sagt, in ihrem letzten Bericht habe die Fiko den Wunsch geäußert, dass die Stadt sich stärker für Abfallvermeidung einsetze. Das Thema solle nicht nur über die Gebühren verhandelt werden. Dies entspreche auch der Abfallstrategie des Bundes. Wenn man in kreative Prävention investiere, schaue auch ein Gewinn heraus. Sie bitte den Stadtrat, in diesem Sinn im Bereich Abfallvermeidung aktiv zu werden.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) informiert, nun folge die Diskussion über den Zusatzantrag von Peter Furrer und Hanspeter Meyer.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) meint, der Stadtrat präsentiere den Voranschlag in gut strukturierter und verständlicher Form. Die im Jahresprogramm 2008 aufgeführten, finanzwirksamen Schwerpunkte seien leicht auffindbar. Die zugrunde gelegten Ziele entsprächen den Wünschen des Einwohnerrats. Leider liessen sich aber diese Ziele mit den vorliegenden Zahlen kaum erreichen. Der Stadtrat rechne im Entwicklungsplan 2008-2012 mit einer Ausgabensteigerung entsprechend der Teuerung um durchschnittlich ein Prozent. Diese Teuerung liege aber schon heute wesentlich darüber und werde sich voraussichtlich in nächster Zeit nicht abschwächen. Die Aufwandsteigerung zwischen der letzten Schätzung für 2009 und der Rechnung 2006 betrage unter Berücksichtigung der Vorfinanzierung rund sieben Prozent, im Durchschnitt also mehr als das Doppelte der Annahme. Auch die Bankzinsen würden langsam ansteigen, Fremdkapital werde deshalb teurer. Im Entwicklungsplan sei für 2008 ein Ertragsüberschuss von CHF 1,154 Mio. vorgesehen, im Voranschlag seien nur noch CHF 238'000.- geplant. Wenn der Landrat dem Teuerungsausgleich von 1,3 Prozent zustimme, sinke die Zahl auf gut CHF 100'000.-. Die Finanzbalance befinde sich demnach bereits in Schieflage. Es sei am Rat, sie wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Damit der Stadtrat und die Verwaltung die Prioritäten selbst setzen könnten, hätten er und Hanspeter Meyer auf das Streichen einzelner Konti verzichtet.

Heinz Lurf (FDP) teilt mit, die Finanzkommission habe den Zusatzantrag beraten. Sie lehne ihn mit 4 Nein- gegen 3 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.

Stadtrat Peter Rohrbach legt dar, die Liste, die jedes Einwohnerratsmitglied an seinem Platz habe, zeige, welche Posten von diesem Zusatzantrag betroffen wären. Die Aufforderung, das alles anzuschauen, beinhalte eine qualitative Forderung. Dagegen habe er nichts einzuwenden. Es gehe ihm aber um eine gewisse Rechtssicherheit beziehungsweise um Klarheit darüber, was man miteinander abmache. Wenn man nun konkret Reduktionen wünsche, müsse man die Tabelle durchgehen.

Marie-Theres Beeler (GL) äussert, die Grüne Fraktion sei gegen einen pauschalen Budgetantrag. Sie halte das für nicht seriös. Zum Teil seien Vorlagen betroffen, denen der Einwohnerrat bereits zugestimmt habe. In anderen Punkten gehe es um mehr Transparenz. Wenn man etwas ablehne, solle man sich auf einzelne Budgetposten beziehen.

Bernhard Fröhlich (FDP) bemerkt, er stelle einen Rückfall in alte Zeiten fest: Die Stadt sei nicht in der Lage, ein Budget mit Abweichungen pro Posten zu präsentieren. Mit der Tabelle sei dies nachgeliefert worden. Es sei nicht die Aufgabe des Einwohnerrats, sich alle Details zusammensuchen. Abweichungen seien von Anfang an zu erklären. Eine pauschale Änderung im Nachhinein sei tatsächlich schwierig.

Stadtrat Peter Rohrbach entgegnet, der Stadtrat habe diesen Ansatz gewählt. Jeder grössere Posten sei entweder im Entwicklungsplan oder im Voranschlag kommentiert.

Hanspeter Stoll (SP) unterstreicht, der Einwohnerrat habe eine Finanzkommission, in der die Fraktionen vertreten seien. Sie überprüfe das Budget. Hier gehe es um eine Aufgabe der Fiko. Das Anliegen der Antragstellenden sei ernst zu nehmen. Es sei wichtig, aufs Geld zu schauen. Es sei jedoch schade, dass der Antrag nicht in die Fiko eingeflossen sei. Jetzt kön-

ne man nicht darüber diskutieren. Er glaube nicht, dass eine Abstimmung über dieses pauschale Anliegen möglich sei.

Marie-Theres Beeler (GL) fügt hinzu, sie schliesse sich Hanspeter Stoll an. Hier gehe es um eine Aufgabe der Fiko.

Hans Brodbeck (FDP) meint, die Fiko müsse sich vertiefter mit dem Entwicklungsplan auseinandersetzen. Er sei sehr wichtig geworden und liefere Erklärungen für viele Zahlen, die nachher im Voranschlag stünden. Er frage sich, ob es richtig sei, den Entwicklungsplan nur zur Kenntnis zu nehmen.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) betont, seit dem Voranschlag 2006 sei ein steter Anstieg des Aufwands festzustellen. Wenn die Finanzbalance nicht zum Gleichgewicht hinauskommen solle, müssten die Einnahmen ebenso gesteigert werden. Dies sehe er als unwahrscheinlich an. Deshalb müsse man die Aufwandseite in den Griff bekommen.

://: Der Budgetantrag von Hanspeter Meyer und Peter Furrer betreffend Anpassung der Gesamtausgaben „Personalaufwand“ und „Sachaufwand“ wird mit 22 Nein- gegen 9 Ja-Stimmen bei 6 Enthaltungen nicht genehmigt.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) gibt bekannt, dass nun die pauschale Beratung der Investitionsrechnung folge. Der Antrag der Bau- und Planungskommission sei mit dem stadträtlichen Antrag identisch. Er komme später zur Abstimmung. Sie stelle fest, dass sich niemand zur Investitionsrechnung zu Wort melde. Sie gebe das Wort frei für Gesamtbeurteilungen.

Hans Brodbeck (FDP) führt aus, das Eintreten sei in seiner Fraktion unbestritten gewesen. Sie sei aber enttäuscht von Geschäft. Aufgrund des Entwicklungsplans habe sie sich einen besseren Voranschlag gewünscht. Sie unterstütze alle Anträge, die nun vorlägen. Zum „Liestal aktuell“ habe sich eine längere Diskussion entwickelt. Der Stadtrat unterschätze die Bedeutung des Mitteilungsblatts. Es sei schade, dass die Informationen nun auf zwei Publikationen verteilt würden. Es gehe um einen bescheidenen Budget-Betrag. Es wäre gut gewesen, das „Liestal aktuell“ in seiner jetzigen Form zu erhalten. Die FDP-Fraktion werde sich vorbehalten, nach etwa einem Jahr zu beurteilen, ob es neue Lösungen brauche.

Hanspeter Stoll (SP) sagt, der Wunsch aller sei, dass die Stadt ihre Schulden auf CHF 20 Mio. bringe. Das Budget sei ein Beitrag auf diesem Weg. Über zehn bis 15 Prozent des Budgets könne man diskutieren, alle anderen Ausgaben seien unverrückbar. Man habe nicht schlecht gewirtschaftet, aber durch Entscheidungen von Bund und Kanton hätten die Gemeinden immer mehr zu bezahlen. Es sei wichtig, auf die Volksvertreter im Landrat Einfluss zu nehmen, damit sie die Kostenverteilung im Sozialbereich etwas anders betrachten würden. Die SP-Fraktion sehe das Budget als korrekt und realistisch an. Sie werde den Anträgen zustimmen.

Stadtrat Peter Rohrbach ergänzt, er bedanke sich bei der Fiko für ihre Arbeit. Die Fragen und Feedbacks aus der Fiko seien für ihn spannend und hilfreich. Im Zusammenhang mit dem Entwicklungsplan seien immer mehr Fragen gekommen. Zum ersten Mal habe der Stadtrat versucht, den Plan auf ein Jahr herabzubrechen. Die strategische Diskussion müsse auch im Entwicklungsplan geführt werden.

- :// Der Voranschlag 2008 (Laufende Rechnung und gebundene Investitionen) wird unter Berücksichtigung der vorhergehenden Abstimmungen mit grossem Mehr gegen 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung genehmigt.
- :// Der Stellenplan 2008 wird mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung zur Kenntnis genommen.
- :// Für das Jahr 2008 werden Steuerfuss, Steuersätze, Gebühren und Abgaben wie vorgeschlagen mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung genehmigt.
- :// Der Teuerungsausgleich von 1,3 Prozent (analog dem vom Landrat beschlossenen Teuerungsausgleich für das Staatspersonal) wird einstimmig genehmigt.
- :// In der Schlussabstimmung wird der Voranschlag 2008 mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung genehmigt.

264 G.2.2.4. Behörden: Gemeinderat

3. Jahresprogramm 2008 des Stadtrates (Nr. 2007/177)

Der Stadtrat hält in seinem Bericht zusammengefasst Folgendes fest:

Das Jahresprogramm enthält im Sinne der Wesentlichkeit die wichtigsten Themen und Vorhaben der städtischen Exekutivpolitik für das Jahr 2008. Unerwähnt bleiben die üblichen laufenden Geschäfte der operativen Ebene. Aus übergeordneter Optik seien folgende herausragende Geschäfte aus den Departementen genannt:

- Tagesschule einführen;
- Verkehrskonzept realisieren;
- Integrationsmassnahmen im Rahmen der beruflichen Eingliederung in der Sozialhilfe;
- Kulturkonzept umsetzen;
- Sauberkeit im Stedtli und Bahnhofbereich;
- Finanzstrategie umsetzen.

Die Gliederung des Jahresprogramms orientiert sich am Aufbau der Organisation. Sie steht zudem in Übereinstimmung mit dem Aufbau von Entwicklungsplan 2008-2012 und Voranschlag 2008. In den Abschnitten „Ausgangslage“ und „Lösungsansätze“ werden Hinweise gegeben, wie die Ziele erreicht werden sollen.

Der Antrag des Stadtrats lautet:

Der Stadtrat beantragt dem Einwohnerrat die Kenntnisnahme.

Bernhard Fröhlich (FDP) führt aus, es habe Jahre gedauert, bis der Einwohnerrat vom Stadtrat ein lesbares Jahresprogramm bekommen habe, und jetzt habe man ein solches. Das sei das Positive. Hoffentlich brauche es nicht wieder Jahre, bis man ein Jahresprogramm habe, das inhaltlich aussagekräftig und auf den Entwicklungsplan abgestimmt sei. Das vorliegende Jahresprogramm erfülle die Erwartungen nicht. Man erkenne den Willen, ein Papier zu entwerfen, das dem Einwohnerrat Einblick in die prioritären Ziele des Stadtrats gebe. Leider sei das Programm aber oberflächlich abgefasst. Intransparenz und mangelnder Logik begegne man schon auf der ersten Seite: Da stehe, dass das Jahresprogramm das Wesentliche enthalte, und als Nächstes heisse es, die üblichen laufenden Geschäfte würden nicht erwähnt. Das bedeute, dass es unter den laufenden Geschäften keine wesentlichen Projekte gebe. Es sei nicht nachvollziehbar, weshalb man dem Einwohnerrat nicht ein Papier unterbreiten könne, in dem - vom strategischen Vierjahres-Plan her abgeleitet - klar ersichtlich sei, mit welchen prioritären Geschäften sich der Stadtrat befasse. Es gebe auch keine nachvollziehbare Ableitung aus dem Entwicklungsplan. Beispielsweise werde der Raumbedarf der Jugendmusikschule im Entwicklungsplan nicht erwähnt, im Jahresprogramm erscheine dies aber als Projekt. Beim Departement Bau habe er vergeblich nach dem Thema Energielabel gesucht. Im Jahresprogramm hingegen werde es erwähnt. Ausserdem sei die Darstellung des Jahresprogramms uneinheitlich. Bei den Steuerabschreibungen etwa beginne man mit dem Ziel, gehe dann zur Ausgangslage und danach zum Lösungsansatz. Der Bericht sei nicht in sich konsistent. Das Programm sei unverbindlich formuliert. Der Wille sei zwar erkennbar, die inhaltliche Aussagekraft aber nicht genügend. Seine Fraktion verlange einen sorgfältigen, nicht so salopp verfassten Geschäftsplan.

Regula Nebiker (SP) berichtet, in der SP-Fraktion nehme man das Jahresprogramm jeweils zum Anlass, über die eigenen Schwerpunkte nachzudenken. Ihre Fraktion danke für den gut

lesbaren Bericht. Sie halte die Standortförderung für sehr wichtig. Die Attraktivität von Liestal sei zu erhalten. Die SP-Fraktion glaube aber nicht, dass Massnahmen wie „Arbeitsgruppen bilden“ und „Ideen sammeln“ ausreichten. Gegenüber dem letzten Jahr seien diesbezüglich keine Fortschritte erkennbar. Die Bemühungen der Stadt um eine stetige Verbesserung des Service Public begrüsse ihre Fraktion sehr. Sie sei aber erstaunt über die dürftigen Aussagen zur Stadtpolizei. Vor fast einem Jahr sei ein Konzept in Aussicht gestellt worden. Insbesondere interessiere die Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei. Davon lese man nichts. Ihre Fraktion zweifle nicht am Bedürfnis nach Tagesschulen. Der Einwohnerrat warte aber noch immer auf den Bericht über die Bedürfniserhebung zu den Tagesschulen. Die SP wolle eine gute Jugendmusikschule in Liestal haben. Möglichst viele Kinder und Jugendliche sollten professionellen Unterricht zu erschwinglichen Preisen erhalten. Der SP-Fraktion sei aber auch Transparenz ein grosses Anliegen. Im Stadtbauamt seien nun zahlreiche Projekte ausführungsfähig. Die Einführung von Tempo 30 gehe jedoch nur langsam voran. Die Quartiere, die jetzt an der Reihe seien, wären bereits fällig gewesen. Mit Interesse habe ihre Fraktion vom Kulturkonzept gelesen, das 2007 erarbeitet worden sei. Sie würde gerne wissen, ob dazu gelegentlich ein Bericht komme. In der Sozialpolitik halte ihre Fraktion die Schwerpunkte für richtig gesetzt und begrüsse eine laufende Überprüfung der Aktivitäten. Sie vermisse hingegen greifbare und messbare Ziele. Diese seien auch beim Thema Jugend gefragt. Der Schwerpunkt Sauberkeit der Betriebe gefalle der SP-Fraktion sehr gut. Wenig anfangen könne sie mit den Zielen zur organisatorischen Entwicklung. Wirtschaftlichkeit und Kundentreue seien selbstverständlich und sollten nicht erst für 2008 Ziele sein. Ihre Fraktion unterstütze die Finanzpolitik. Sie meine auch, dass das Problem der Steuerabschreibungen anzupacken sei. Die Entwicklung der Wasserversorgung bereite der SP-Fraktion Sorge. Es werde eine baldige Gebührenerhöhung angekündigt. Hohe Gebühren seien unsozial und wirtschaftsfeindlich. Die SP werde einer laufenden Gebührenerhöhung nicht Hand bieten.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) sagt, der Stadtrat liste Vorhaben auf, die er realisieren wolle. Das Programm sei umfangreich, gut verständlich und teilweise ambitioniert. Die Vorhaben seien im Voranschlag 2008 gut verankert. Seiner Fraktion fehle vor allem eine Aussage zur Ortsplanung. Im Weiteren wünsche sie, dass Vorhaben, bei denen kein rechtskräftiger Beschluss vorliege, mit einem entsprechenden Hinweis versehen würden. Die SVP/CVP/EVP-Fraktion nehme vom Programm Kenntnis.

Erika Eichenberger (GL) legt dar, auch die Grüne Fraktion nehme zustimmend Kenntnis vom Jahresprogramm. Sie habe festgestellt, dass sich der Trend zu einem lebendigeren, kulturell vielseitigeren und familienfreundlicheren Liestal fortsetze. Die Euro 08 stelle eine zusätzliche Herausforderung dar. Trotzdem würden die begonnenen Projekte weiterlaufen. Hinter den einzelnen Projekten stecke viel Knochenarbeit. Deshalb sei es wichtig, die Bereitschaft, Neues zu wagen, und die Mehrarbeit zu würdigen. Ihre Fraktion finde sich in vielen Themen wieder. Einige wolle sie herausstreichen. Die Schule sei mit dem Ziel, die Q2E-Qualifizierung zu erhalten, unterwegs zu einer Schule, die den modernsten Erkenntnissen der Wissenschaft entspreche. Das Projekt Standardsprache im Kindergarten sei ein wichtiger Beitrag zur Integration. Die Grünen würden sich auch auf die Tagesschule freuen. Sie bedeute eine Investition in die Prävention. Liestal werde sportlicher, dank Gesundheitsförderung in den Schulen und dank einem Sportkoordinator zur Sicherung der strategischen Ziele. Die Grüne Fraktion unterstütze diese Stossrichtung. Tempo 30 werde tatsächlich schleichend eingeführt. Das Projekt werde aber einen guten Effekt auf die ganze Stadt haben. Mit besonderem Interesse verfolge ihre Fraktion die Erarbeitung des Natur- und Landschaftsschutzkonzepts mit dem Wunsch nach mehr Grün. Das Energie-Label solle 2008 erfüllt werden. Die Alterskommission sei in den letzten Jahren sehr aktiv gewesen. Es sei jetzt an der Verwaltung, die Projekte umzusetzen. Dass die Velostation entstehe und der Heimbring-Service einen Probe-Betrieb starte, verfolge die Grüne Fraktion mit Freude. Sie danke dem Stadtrat und allen Beteiligten für ihr Engagement und wünsche viel Erfolg bei der Umsetzung des Jahresprogramms.

://: Das Jahresprogramm 2008 wird mit grossem Mehr bei 2 Enthaltungen zur Kenntnis genommen.

265 B.1.3.2. Ortsplanung: Überbauungs-, Erschliessungs- und Quartierpläne
4. Bericht des Stadtrates betreffend Quartierplanung „Hanro-Park“
(Nr. 2007/185)

Der Stadtrat hält in seinem Bericht zusammengefasst Folgendes fest:

Auf dem Areal der Hanro AG wurde bereits im Jahr 2000 eine Quartierplanung vom Regierungsrat genehmigt. Diese sah im nördlichen Teil drei Wohnbauten vor. Im südlichen Teil wurde die schon vorhandene Gewerbezone mit geringen Anteilen von Loftwohnungen und einem Dienstleistungssektor (Laden) festgeschrieben. Zudem waren grosszügige Grünräume vorgesehen. Bis heute konnten jedoch lediglich die Wohnbauten realisiert werden. Die Umnutzung und Vermarktung der bestehenden Gewerbebauten und der übrigen Ideen gestaltete sich als schwer durchsetzbar. Das nun vorliegende Projekt beinhaltet eine Wohnüberbauung von insgesamt ca. 200 Wohneinheiten für gehobene Wohnansprüche im mittleren und oberen Wohnsegment sowie die Möglichkeit zur Schaffung von Geschäftsflächen für kleinere Bürobetriebe und der notwendigen Parkierungsflächen. Gestützt auf Marktstudien konnte eine diesbezüglich grosse Nachfrage festgestellt werden.

Der Antrag des Stadtrats lautet:

Die Quartierplanvorschriften „Hanro-Park“ 2007, bestehend aus

a) Quartierplan-Reglement

b) Teil-Plänen

- Nr. 1, Bebauung, Aussenraum und Etappierung
- Nr. 2, Erschliessung, Ver- und Entsorgung
- Nr. 3, Gebäude- und Terrainprofile, Schnitte,

werden beschlossen.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) teilt mit, das Büro beantrage die Überweisung des Geschäfts an die BPK.

Hans Brodbeck (FDP) meint, die Überweisung an die BPK sei unbestritten. Vor rund acht Jahren habe der Rat über den Quartierplan Hanro debattiert. Jetzt sei er Makulatur. Er fordere die BPK auf, auch das alte Papier hervorzuholen und das Areal zu besuchen.

//: Der Bericht des Stadtrats betreffend Quartierplanung „Hanro-Park“ wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

266 B.1.3.2. Ortsplanung: Überbauungs-, Erschliessungs- und Quartierpläne
5. Bericht des Stadtrates betreffend Quartierplanung „Rebgarten“
(Nr. 2007/184)

Der Stadtrat hält in seinem Bericht zusammengefasst Folgendes fest:

Mit dem Erwerb der Liegenschaften Rebgrasse 2, Rebgrasse 4 und Rheinstrasse 8 (ehem. Regiobank) im Jahr 1999 durch die Rebhaus AG wurde von deren Mieter (Credit Swiss / Winterthur Versicherungen, etc.) mehrfach das Bedürfnis nach mehr Raum angemeldet. Nebst dem Bedürfnis nach zusätzlichem Raum für Dienstleistungsbetriebe, Büros, Läden und Praxen stand für die Rebhaus AG von Beginn an auch die Erstellung von attraktiven, teilweise auch altersgerechten Wohnungen im Vordergrund. Nach 18 Monaten intensiver Planungsarbeiten ist ein städtebaulich gelungener und zukunftsgerichteter Quartierplan an bester Lage von Liestal mit zusätzlicher ca. 2'500 m² Dienstleistungsfläche und ca. 3'500 m² Wohnfläche sowie ca. 200 Parkplätzen, wovon 85 öffentliche Einstellplätze, entstanden.

Der Antrag des Stadtrats lautet:

Die Quartierplanvorschriften „Rebgarten“, bestehend aus

a) Quartierplan-Reglement

b) Pläne:

- Nr. 1: Bebauung, Erschliessung und Freiräume
- Nr. 2: Fassade (richtungsweisend),

werden beschlossen.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) gibt bekannt, das Büro beantrage die Überweisung des Geschäfts an die BPK.

://: Der Bericht des Stadtrats betreffend Quartierplanung „Rebgarten“ wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

267 L.2.2.3. Gemeindeligenschaften und Grundstücke: Schulbauten, Turn- und Sportanlagen, Spielplätze, Sport- und Volksbad Gitterli AG
6. Bericht des Stadtrates betreffend Schulanlage Fraumatt, Renovation: Kreditbewilligung (Nr. 2007/183)

Der Stadtrat hält in seinem Bericht zusammengefasst Folgendes fest:

Die Schulanlage Fraumatt wurde 1967 erbaut und danach in kleineren Schritten saniert. So sind die Heizung, das Dach und die Fenster bereits erneuert. Heute ist die Nutzungsdauer von vielen Gebäudeteilen bereits überschritten. Die Schulanlage soll einer Renovation unterzogen werden. Dabei wird grossen Wert auf Energiesparmassnahmen gelegt. Nach der Sanierung der Gebäude werden dem Schulbetrieb für die nächsten 20 Jahre wieder den heutigen Anforderungen entsprechende Schulräume und Nebenräume zur Nutzung übergeben.

Der Antrag des Stadtrats lautet:

Der Einwohnerrat stimmt der Renovation der Schulanlage Fraumatt zu und bewilligt den dafür notwendigen Renovationskredit in der Höhe von CHF 2,8 Mio.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) informiert, das Büro beantrage die Überweisung des Geschäfts an die BPK.

Ernst Gebhard (Fraumättler) unterstreicht, jetzt wolle man ein paar Millionen Franken für die Sanierung des Schulhauses ausgeben, aber von einer Isolation sei nicht die Rede. Die Böden solle man auch genau anschauen. Die Kellerräume seien gross, würden aber nicht zusätzlich genutzt. Darüber könne man auch nachdenken. Das Schulhaus Schönthal in Füllinsdorf sei saniert worden. Das solle man sich anschauen. Diese Überlegungen wolle er der BPK mitgeben.

::: Der Bericht des Stadtrats betreffend Schulanlage Fraumatt, Renovation: Kreditbewilligung wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

268 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

7. Postulat von Hans Brodbeck namens der FDP-Fraktion betreffend
Aufwertung der Altstadt (Nr. 2007/160)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Postulat

Aufwertung der Altstadt, vorgesehene Planungsabschnitte:

Wir wünschen eine gesamtheitliche Betrachtung und Planung der Achse **Bahnhof / Postplatz - Allee* - Seestrasse / Freihofgasse bis und mit Lüdinpark**. Der Stadtrat wird eingeladen, diese wichtige Verbindung zur Altstadt nicht in verschiedene Detailprojekte aufzugliedern, sondern als Ganzes zu betrachten.

Begründung:

Die Achse **Bahnhof / Postplatz - Allee* - Seestrasse / Freihofgasse bis Lüdinpark** ist eine stark begangene Verbindung zwischen dem Bahnhof / Bushof und dem Steddtli wie auch zwischen den Wohngebieten Oristal, Tiergarten, Sichern, Schafacker, Wiedenhub und dem „Einkaufszentrum Altstadt“. Nicht vergessen dürfen wir ihre Bedeutung als Schulweg.

In der Ausgabe No. 716 **Liestal aktuell** vom 5. Juli 2007 zeigen Stadtrat und Stadtbauamt auf, mit welchen Massnahmen die Altstadt und die Nahverkehrswege in den nächsten Jahren aufgewertet werden sollen. Erwähnt werden unter anderem der neue Postplatz und die Aufwertung des Bereichs Seestrasse / Freihofgasse. Die FDP-Fraktion begrüsst diese längst fällige Entwicklung, sie ist aber der Ansicht, dass der künftige Postplatz und das Gebiet Seestrasse / Freihofgasse nicht isoliert betrachtet werden dürfen. Der ganze Abschnitt **Postplatz / Bahnhof - Allee* - Seestrasse / Freihofgasse bis und mit Lüdinpark** muss in ein und dieselbe Planung integriert werden.

Eine interne Studie der FDP-Fraktion zum Thema „Sauberkeit und Sicherheit“ hat aufgezeigt, dass der erwähnte Bereich und dessen Fusswege **besonders unsauber, zu eng, zu düster, zu dunkel und zu verwachsen** sind. Die bestehenden Büsche und Bäume sind viel zu dicht und zu hoch, sie fördern die illegale Entsorgung des Abfalls, sie verunsichern und schaffen eine bedrückende Enge. Kurz, das Erscheinungsbild wirkt verwahrlost und unfreundlich. Die vom Stadtrat geplanten isolierten Massnahmen beim Postplatz und an der Freihofgasse sollen deshalb auf das ganze Gebiet ausgedehnt werden. Die beschriebenen Mängel sind entsprechend den stadträtlichen Vorgaben zwischen 2008 und 2010 zu beheben.

Allee* betrifft den Abschnitt zwischen dem Orisbach und dem Fussweg zum Bahnhof.

Hans Brodbeck
FDP-Fraktion
20. August 2007

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) fragt den Stadtrat, ob er bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen.

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, der Stadtrat sei dazu bereit.

Hans Brodbeck (FDP) legt dar, das Stadtzentrum sei nicht genügend sauber. Dies sei eines der Resultate der Zufriedenheits-Analyse, die die FDP durchgeführt habe. Die Kritiken an Liestal beträfen vor allem den Bereich zwischen Bahnhof und Altstadt. Dort gebe es besonders viele Passanten. Die Gegend sei nicht nur unsauber, sondern auch düster und verwachsen. Dies beginne auf dem Postplatz und ende beim Lüdin-Park. Dass der Stadtrat dort aktiv werden wolle, sei im Jahresprogramm, im Budget und im Entwicklungsplan zu sehen. Es seien aber nur punktuelle Lösungen vorgesehen. Die FDP-Fraktion meine, dass man eine Gesamtbetrachtung vom Postplatz bis zum Lüdin-Park pflegen und dann die Probleme der einzelnen Abschnitte lösen solle.

Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) gibt bekannt, seine Fraktion unterstütze das Postulat einstimmig.

Matthias Zimmermann (SP) fügt hinzu, auch seine Fraktion unterstütze den Vorstoss.

Corinne Ruesch (GL) berichtet, sie erlebe den Durchgang täglich. Es sei wichtig, dass dort etwas unternommen werde. Auch vom Aspekt der Sicherheit her sei es nachts dort nicht angenehm.

Stadtrat Ruedi Riesen teilt mit, er sei überzeugt davon, dass das Postulat eine gute Sache sei. Die Erneuerung des Postplatzes sei für 2009 geplant. Im Bereich Seestrasse-Freihofgasse werde es wegen defekter Leitungen eine grosse Baustelle geben. Darüber werde er noch informieren. Im Zusammenhang damit sei der Stadtrat bereits am Planen. Seine Blickrichtung sei von unten herauf. Es gebe tatsächlich zu viel Buschwerk und Bäume, Halden, die man nicht sauber halten könne, und die Beleuchtung sei schlecht. Man werde sich nach den finanziellen Möglichkeiten richten müssen. Das Anliegen des Postulats werde schon bei den Arbeiten an der Seestrasse und der Freihofgasse aufgegriffen.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) sagt, er danke dafür, dass man die Seestrasse aufgemacht habe. Die Stadt solle bitte dafür sorgen, dass auswärtige Verkehrsteilnehmer bei grossen Bauvorhaben das Zentrum von Liestal finden würden.

://: Das Postulat von Hans Brodbeck namens der FDP-Fraktion betreffend Aufwertung der Altstadt wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

269 B.1.3.3. Ortsplanung: Einzelne Bereiche

8. Bericht des Stadtrates betreffend Postplatz, Neugestaltung - Projektierungskredit (Nr. 2007/182)

Der Stadtrat hält in seinem Bericht zusammenfassend Folgendes fest:

Gemäss Gesamtkonzept Verkehr, Arealentwicklung und Aussenraumgestaltung sowie Entwicklungsplan 2008-2012 soll auch der Postplatz neu gestaltet werden. Grundlage für die Erstellung des Vorprojekts bildete das Siegerprojekt *EUROCITY* aus dem städtebaulichen Wettbewerb für das Bahnhofareal von 2002. Damit auf der Basis des Vorprojekts das Bauprojekt mit Kostenvoranschlag erarbeitet werden kann, wird ein Projektierungskredit benötigt. Dieser ist durch den Einwohnerrat zu genehmigen.

Der Antrag des Stadtrats lautet:

Der Einwohnerrat genehmigt den Projektierungskredit von CHF 40'000.- für die Erarbeitung des Bauprojekts Neugestaltung Postplatz.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) informiert, das Büro sei der Meinung, dass das Geschäft direkt beraten werden könne.

Regina Vogt (FDP) teilt mit, ihre Fraktion habe zunächst auch die Direktberatung angestrebt. Im Zusammenhang mit dem Postulat von Hans Brodbeck strebe ihre Fraktion nun aber eine Erweiterung des Perimeters an. Sie mache deshalb beliebt, das Geschäft an die BPK zu überweisen, um über die Konsequenzen Klarheit schaffen zu lassen.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) äussert, auch die SVP/CVP/EVP-Fraktion sei für Direktberatung gewesen. Sie habe sich jetzt nicht mit der Fraktion abgesprochen, stelle sich aber vor, dass sich ihre Fraktion der Meinung von Regina Vogt anschliesse. Es mache Sinn, die Vorlage an die BPK zu überweisen und das Thema im Gesamtrahmen anzuschauen.

Stadtrat Ruedi Riesen erwidert, er habe bereits erläutert, dass die Stadt den Bereich zwischen Bahnhof und Altstadt nicht zusammen mit dem Postplatz angehen werde. Es sei manchmal auch eine Vertrauensfrage. Es gehe jetzt um einen Planungskredit, der im Zusammenhang mit dem EuroCity-Projekt stehe. Der Wunsch von Hans Brodbeck sei abgedeckt. Er könne versprechen, dass dem Stadtrat das Anliegen wichtig sei. Es wäre schade, das Sprechen des Planungskredits zu verzögern. Die BPK habe mit dem Schulhaus Fraumatt, der Quartierplanung Hanro und der Ortsplanung dringliche Projekte zu bearbeiten. Etwas, das so klar sei wie dieser Projektierungskredit von CHF 40'000.-, solle man nicht einer Kommission übertragen. Er bitte um Direktberatung.

Philipp Senn (SP) sagt, die SP-Fraktion glaube Stadtrat Ruedi Riesen. Sie sehe den Postplatz als Fortführung des Verkehrskonzepts an. Neben einer ansprechenden Gestaltung sei hohe Funktionalität gefordert. Der Kredit biete die Grundlage für die Umsetzung. Die SP-Fraktion unterstütze die Direktberatung und warte neugierig auf das Resultat.

Regina Vogt (FDP) betont, sie habe Stadtrat Ruedi Riesen richtig verstanden. Aber im Zusammenhang mit dem Postulat mache sie beliebt, den Postplatz nicht isoliert, sondern im erweiterten Perimeter zu betrachten.

Jürg Holinger (GL) hält fest, der Stadtrat habe die BPK immer ausreichend informiert. Sie habe den Zusammenhang längst erkannt. Es sei nicht nötig, das Geschäft an die BPK zu überweisen. Der Einwohnerrat solle dem Stadtrat vertrauen.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) erklärt, nun gehe es um CHF 40'000.- für den Projektierungskredit. Dann folge die Detailplanung. Diese gehe zuerst an den Rat und danach in die BPK.

Pascal Porchet (FDP) betont, es sei unbestritten, dass die CHF 40'000.- gesprochen würden. Er schlage vor, dass sich die BPK eine halbe Stunde Zeit für ein Brainstorming nehme, dessen Resultate in die Planung einfliessen würden.

Adrian Mächler (FDP) meint, dies sei ein konstruktiver Vorschlag von Pascal Porchet. Er sei dafür, auf Direktberatung zu wechseln.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) informiert, dass die Vorlage nun direkt beraten werde.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) unterstreicht, dass der Platz nicht nur dem öffentlichen Verkehr, sondern auch den Fussgängern und Velofahrern zugute komme. Ihre Fraktion unterstütze den Antrag und danke dem Stadtrat für seine Bemühungen.

://: Der Projektierungskredit von CHF 40'000.- für die Erarbeitung des Bauprojekts Neugestaltung Postplatz wird einstimmig genehmigt.

270 B.1.3.2. Ortsplanung: Überbauungs-, Erschliessungs- und Quartierpläne

9. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Bahnhofareal, Umsetzung Quartierplan 1 - Projekt- und Kredit-genehmigung (Nr. 2007/143, 2007/143a)

Die Bau- und Planungskommission hält in ihrem Bericht zusammengefasst Folgendes fest:

Mit der Genehmigung durch den Regierungsrat wurde der Quartierplan Bahnhofareal 1 rechtskräftig. Auf der Basis dieses Plans wurde das Bauprojekt mit Kostenvoranschlag erarbeitet. Hauptbestandteile des Projekts sind der Neubau der Oristalbrücke, der Neubau des Busbahnhofs und die Korrektur des Soodwegs. Kostenträger für die Neubauten Oristalbrücke und Busbahnhof ist der Kanton (Totalkosten CHF 2'200'000.-). Zulasten der Stadt Liestal erfolgt die Korrektur des Soodwegs (CHF 350'000.-).

Durch die verschiedenen Bauvorhaben werden im Gebiet Bahnhofplatz/Soodweg in den nächsten rund drei Jahren Engpässe nicht zu umgehen sein. Dies führt dazu, dass der Emma Herwegh-Platz nicht vor Mitte 2010 realisiert werden kann. Es ist alles daran zu setzen, dass während der Bauzeit der Zugang zur Bibliothek und die Verkehrssicherheit für Fussgänger und Velofahrer gewährleistet sind.

Der Anträge der BPK lauten:

1. Der Einwohnerrat genehmigt die Projekte Neubau Oristalbrücke, Neubau Bushof und Korrektur Soodweg.
2. Der Einwohnerrat genehmigt den Kredit für die Korrektur Soodweg von CHF 350'000.--.
3. Der Einwohnerrat nimmt davon Kenntnis, dass die Projekte Neubau Oristalbrücke und Neubau Bushof durch den Kanton finanziert werden.
4. Der Einwohnerrat bewilligt einen Zusatzkredit von CHF 250'000.- für die Erweiterung der Brücke über die Oristalstrasse (Schliessung der Öffnung), und zwar unter der Bedingung, dass die Restkosten durch Kanton und SBB übernommen werden.
5. Der Auftrag Nr. 03/142 an den Stadtrat (Beschluss des Einwohnerrates vom 24.9.03) wird als erledigt abgeschrieben.

Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) führt aus, es handle sich um ein bedeutendes Geschäft für Liestal. Der Messeturm am Bahnhof sei jetzt ausgesteckt. Es komme ein Werk zustande, das die gute Zusammenarbeit zwischen Stadt, Kanton und SBB zeige. Die Stadt erhalte eine grosse Aufwertung zu einem relativ bescheidenen Preis. Die BPK meine, die Öffnung in der Oristalbrücke sei zu schliessen. Das koste etwas, aber man müsse die Gelegenheit nutzen. Er bitte darum, den Anträgen der BPK zuzustimmen.

Regina Vogt (FDP) legt dar, es gehe um eine massive Nutzungsverbesserung. Die Korrektur des Soodwegs sei unbestritten, ebenso die Schliessung der Oristalbrücke. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis sei sehr gut. Ein kleiner Wermutstropfen bestehe darin, dass die Anlage Herwegh-Platz zeitlich nach hinten verschoben werde. Ihre Fraktion stimme allen fünf Anträgen zu.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) fügt hinzu, es sei zu wünschen, dass die Zusammenarbeit bei der Realisierung so gut funktioniere, wie die Vorlage vermuten lasse. Er bitte das Stadtbauamt darum, den Vorlagen Pläne beizulegen, die auch für Laien lesbar seien.

Matthias Zimmermann (SP) teilt mit, auch die SP-Fraktion sei für die Vorlage. Es sei erfreulich, dass die Stadt das Schliessen der Öffnung in der Brücke nicht alleine tragen müsse.

Dies sei den Verhandlungen der Stadt zuzuschreiben. Velofahrer würden während der Bauzeit erheblich behindert. Er verweise auf das überparteiliche Postulat „Gegen Besucher- und Kundenrückgang durch Baustellen“ (Nr. 2007/186).

Jürg Holinger (GL) äussert, die Grüne Fraktion unterstütze die Anträge der BPK, insbesondere die Schliessung der Lücke. Für ihn gebe es zwei Wermutstropfen. Zum einen werde der Bau des Herwegh-Platzes verzögert, zum andern seien die Veloabstellplätze zu weit weg von den Perrons. Während der Bauzeit würden die Fussgänger sehr schwer zu führen sein. Er appelliere an die ausführenden Instanzen, sorgfältig zu prüfen, wo man ohne Unfallgefahr lang gehen könne. Er wünsche ausserdem, dass die Taxis nicht noch weiter weg vom Bahnhof platziert würden. Man denke an betagte Menschen.

Stadtrat Ruedi Riesen erläutert, für die Anwohner des Bahnhofs habe eine Informations-Veranstaltung mit der Kantonalbank stattgefunden. Die Bauzeit werde für das Quartier zu einer happigen Angelegenheit. Der Kanton mache den PTT die Auflage, dass die Busse immer so wie jetzt zu fahren hätten. Der Soodweg müsse dreimal verlegt werden. Der Individualverkehr müsse die Kantonalbank erreichen können. Alles sei subtil geplant. Das Stadtbauamt werde sein Bestes geben, um eine professionelle Kommunikation aufzubauen. In den nächsten Jahren werde in Liestal einiges geschehen. Er hoffe, dass die Stadt gut darüber informieren werde, was wann befahrbar sei, eventuell auch über die Medien. Gerade bei diesem Quartierplan werde viel unternommen, damit der öffentliche Verkehr genau so funktionieren könne wie bis anhin.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) informiert, die Anträge 1 bis 3 der BPK seien identisch mit den Anträgen des Stadtrats. Zuerst werde über diese drei Anträge abgestimmt. Dann folge die Abstimmung über die Zusatzanträge der BPK.

- ://: 1. Die Projekte Neubau Oristalbrücke, Neubau Bushof und Korrektion Soodweg werden einstimmig genehmigt.
- ://: 2. Der Kredit für die Korrektion Soodweg von CHF 350'000.- wird einstimmig genehmigt.
- ://: 3. Einstimmig wird davon Kenntnis genommen, dass die Projekte Neubau Oristalbrücke und Neubau Bushof durch den Kanton finanziert werden.
- ://: 4. Ein Zusatzkredit von CHF 250'000.- für die Erweiterung der Brücke über die Oristalstrasse (Schliessung der Öffnung), wird einstimmig unter der Bedingung genehmigt, dass die Restkosten durch Kanton und SBB übernommen werden.
- ://: 5. Der Auftrag Nr. 03/142 an den Stadtrat (Beschluss des Einwohnerrates vom 24.9.03) wird einstimmig als erledigt abgeschrieben.

271 S.2.2. Brücken, Unterführungen, Niveauübergänge

**10. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission
betreffend Sanierung der Kasinobrücke – Projekt- und Kreditge-
nehmigung (Nr. 2007/157, 2007/157a)**

Die Bau- und Planungskommission hält in ihrem Bericht zusammengefasst Folgendes fest:

Der schlechte bauliche Zustand dieser Brücke ist schon lange bekannt. Da aber Unklarheiten darüber bestanden, ob die Brücke künftig weiterhin bestehen bleiben soll oder nicht, wurde eine Sanierung immer wieder hinausgeschoben. Nun zeichnet sich ab, dass die Brücke mit den heutigen Abmessungen in absehbarer Zeit nicht mehr benötigt wird. Vor allem muss sie dann abgebrochen werden, wenn der Kanton mit dem Sanierungs- und Erweiterungsprojekt der H2 in diesem Abschnitt beginnen wird. Wie dannzumal die Verbindung zum Heidenlochquartier realisiert wird, ist noch offen. Aus Sicherheitsgründen müssen diverse Sanierungsarbeiten an der Kasinobrücke ausgeführt werden, damit sie in den nächsten rund zehn Jahren weiter benutzt werden kann. Obwohl die Kosten für die Sanierung hoch sind, wird der Einwohnerrat kaum darum herkommen, den entsprechenden Kredit zu sprechen.

Die Anträge der BPK lauten:

1. Der Einwohnerrat genehmigt das Sanierungsprojekt für die Kasinobrücke mit einem Bruttokredit von CHF 480'000.-.
2. Der Einwohnerrat nimmt zur Kenntnis, dass mit dieser Sanierung der Erhalt und die Nutzung der Brücke für zusätzliche 10 Jahre gewährleistet werden.

Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) führt aus, er verweise auf den Kommissionsbericht. Die Kasinobrücke sei ein Sorgenkind für Liestal. Es gebe aber keine Alternative, man müsse in den sauren Apfel beißen. Massive Sicherheitsprobleme seien zu lösen. Es dürfe niemand gefährdet werden. Die BPK unterstütze den Antrag des Stadtrats. Die Zukunft der Kasinobrücke werde der Stadt auf jeden Fall noch Kopfzerbrechen bereiten. Aber jetzt könne man nicht anders, als dieses viele Geld in das Provisorium zu investieren.

Jürg Holinger (GL) meint, die BPK haben schon zukunftsweisendere Projekte behandelt. Sie habe sich aber von den Ingenieuren überzeugen lassen. Er danke Kommissionpräsident Hanspeter Meyer für seine enorme Arbeit und die gute Sitzungsführung.

Philipp Senn (SP) äussert, im Hinblick auf die Veränderungen bei der H2 sei eine Minimal-sanierung für zehn bis 15 Jahre sicher die richtige, wenn auch eine unangenehme Lösung. Die SP-Fraktion unterstütze die Anträge.

Hans Rudolf Schafroth sagt, er danke dem Stadtrat für die Vorlage und der BPK für die speditive Arbeit. Seit dem Abriss der Schwimmbadbrücke sei diese Brücke die wichtigste und kürzeste Verbindung vom Heidenlochquartier zu den Gebieten Sonnhalde und Grammet. Sie sei ein Lebensnerv, der zu erhalten sei. Die Brücke müsse saniert werden. Die Bewohner des Heidenlochquartiers und die angrenzenden Bewohner wollten ernst genommen werden und hätten Anspruch auf die Erhaltung der Brücke. Ohne gleichwertigen Ersatz dürfe sie nicht abgerissen werden. Seine Fraktion stimme den Anträgen zu.

Pascal Porchet (FDP) äussert, die FDP-Fraktion stimme den Wortmeldungen von Hanspeter Meyer, Jürg Holinger und Philipp Senn zu.

Stadtrat Ruedi Riesen legt dar, wenn im Jahr 2011 die zweite Tranche der H2 mit dem Zentrumsanschluss gebaut werde, werde mit dem neuem Kreisel Altmarkt ein Ersatz geboten. Dies habe man vor der Verabschiedung des Verkehrskonzepts nicht gewusst. Vor einigen Jahren habe man die Kasinobrücke drei Mal teurer sanieren wollen. Man habe die Kosten senken müssen. Mit dem Kreisel könne das Heidenlochquartier noch direkter erschlossen werden. Nun investiere man fast eine halbe Million Franken für eine Brücke, die abgerissen werde, aber die Stadt müsse für die H2-Unterführung Sicherheit gewähren.

://: 1. Das Sanierungsprojekt für die Kasinobrücke mit einem Bruttokredit von CHF 480'000. wird mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung genehmigt.

://: 2. Mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung wird zur Kenntnis genommen, dass mit dieser Sanierung der Erhalt und die Nutzung der Brücke für zusätzliche zehn Jahre gewährleistet werden.

Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Präsidentin

Margrit Siegrist

Die Ratsschreiberin

Beate Kogon